



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 17. Januar 1909

(Wendung in der Orientfrage. Das Arbeitskammergesetz im Reichstage. Die Finanzkommission. Die Finanzlage in Preußen. Eine Debatte über „Nacktkultur“.)

Die Spannung, die noch vor acht Tagen in der hohen Politik herrschte, ist endlich so weit gewichen, daß man wieder mit mehr Vertrauen der weiteren Entwicklung entgegensehen kann. Die Pforte hat den österreichisch-ungarischen Vorschlag, der bekanntlich in dem Anerbieten einer Entschädigung für die in Bosnien und der Herzegowina gelegnen türkischen Staatsgüter bestand, im Prinzip angenommen. Es ist also die Grundlage für neue Verhandlungen gewonnen worden, und zwar ist diese Grundlage derart, daß eine Verständigung in sichrer Aussicht steht. Kommt eine solche zustande, so ist allen politischen Treiberen, die eine Störung des europäischen Friedens zur Folge haben können, vorläufig der Boden unter den Füßen weggezogen, und es müßten schon neue Zwischenfälle und im Anschluß daran ganz neue politische Maßnahmen der Mächte eintreten, wenn es zu weiteren politischen Spannungen kommen sollte. Das kann natürlich niemand voraussehen, denn mit irgendwelchen Zwischenfällen wird man auf der Balkanhalbinsel immer rechnen müssen. Aber mit Prophetenkünsten kann sich die Politik überhaupt nicht abgeben. Wenn jetzt von einer Beurteilung der Orientfrage und ihrer wahrscheinlichen nächsten Entwicklung die Rede ist, so ist das immer nur mit der Einschränkung zu verstehen, daß sich das Urteil auf die augenblicklich vorliegenden Fragen und Verwicklungen bezieht. Es handelt sich jetzt um die Lösung der Krisis, die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina und durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entstanden ist. Die nationalen Empfindlichkeiten, die hierdurch in der soeben erst in einen Verfassungsstaat umgewandelten Türkei erregt wurden, drohten einen Konflikt mit Österreich-Ungarn herbeizuführen, wobei auch Serbien und Montenegro auf seiten der Türkei gestanden hätten. Diese Gefahr wurde verstärkt durch die moralische Unterstützung, die die Pforte durch die englische Politik erhielt, und ebenso auch dadurch, daß Rußland im Sinne seiner traditionellen Balkanpolitik zu handeln glaubte, wenn es die serbische Großmannsucht im Königreich und in Montenegro anstacheln half und sich unter Berufung auf die Heiligkeit internationaler Verträge den Forderungen Österreich-Ungarns entgegenstellte. Für Rußland kam als besondere Lockung zugunsten dieser Politik diesmal hinzu, daß es panslawistische Balkanpolitik treiben konnte, ohne der Türkei feindlich gegenüberzutreten zu müssen. Und während es sonst die Regel war, daß England und Rußland in Orientfragen die schärfsten Gegensätze darstellten, konnten sie diesmal friedlich Hand in Hand wandeln. Das war in diesem Falle um so bedeutsamer, als es nicht nur die zufällige Stellungnahme zu den einzelnen Fragen der Orientpolitik war, was die beiden Großmächte zusammenführte; auch allgemeine weltpolitische Erwägungen haben ja bekanntlich England und Rußland veranlaßt, ihre frühere gegensätzliche Politik, wie sie durch die asiatischen Verhältnisse herbeigeführt worden war, durch eine Politik der Verständigung zu ersetzen. Die Umstände lagen also so, daß sich die Türkei wohl ermutigt fühlen konnte, den Konflikt mit Österreich-Ungarn einer verhängnisvollen Verschärfung entgegenzutreiben. Das wäre freilich wenig staatsklug gewesen, denn wesentliche Vorteile, die den zu bringenden Opfern im Fall eines ohnehin wenig aussichtsvollen Krieges entsprochen hätten, waren für die Türkei keinesfalls zu erlangen, und von dem bloßen Vergnügen, unter Umständen die Brandsackel in das europäische Staatengebäude zu werfen, hätte die Türkei blutwenig Gewinn gehabt, wahrscheinlich aber die stärksten Nachenschläge für ihre eignen wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse erfahren. Aber wir haben oft genug Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß auf den

vielverschlungenen Pfaden der Völkerentwicklung und der Völkerbeziehungen nicht immer die Logik und die Konsequenz zu finden sind. Wenn ein politischer Schritt allgemein einleuchtet, den sichtbaren nächsten Interessen der Mehrheit und der herrschenden Stimmung entspricht, fragt niemand danach, ob er im Einklang mit der Vergangenheit steht oder den nur dem weitem Blick erkennbaren Forderungen der Zukunft genügt. England läßt sich von den begeistertsten Jungtürken huldigen und mißbilligt zum Dank dafür die Annexion Bosniens — alles in demselben Augenblick, wo öffentlich die Frage der völligen Einverleibung Ägyptens in den britischen Reichskörper erörtert wird, desselben Ägyptens, dessen vollständige Loslösung vom türkischen Reich erst durch England vollzogen worden ist. Das ist kein Vorwurf für England. Es braucht Ägypten für seine weltpolitische Stellung; es hat unter Lord Cromers vortrefflicher Verwaltung unendlich viel für das Wohl des Landes getan, seine wirtschaftlichen Kräfte so weit entwickelt, wie man es seit den Zeiten der Ptolemäer kaum noch für möglich gehalten hatte. Warum sollte es Ägypten nicht nehmen? Wenn es diesen letzten Schritt nicht tut, so ist es sicher nicht der Respekt vor den Rechten des osmanischen Großherrn, der es davon zurückhält. Aber alles das hindert England nicht, Österreich-Ungarn zu tadeln, weil es in Bosnien dasselbe tut, was England in Ägypten gern tun möchte. Es hindert aber auch die Türkei nicht, sich für England zu begeistern und gegen Österreich zu entrüsten, obwohl es von Österreich nur einen eingebildeten, von England einen wirklichen, nicht ersetzbaren Verlust erlitten hat. Und wer will England ernstlich tadeln, daß es aus dieser ihm kostenlos zufallenden, seine Sünden zudeckenden Begeisterung der Türken Nutzen zieht? Es ist ja nicht seine Aufgabe, den Türken collegium logicum zu lesen. Auf der andern Seite hat es für den schlichten Verstand des Privatmanns nicht minder etwas Verblüffendes, von Rußland mit Bezug auf die Annexion Bosniens eine Predigt über den Respekt vor internationalen Verträgen zu hören. Österreich-Ungarn hat sich bei seinem Vorgehen in Bosnien nicht ohne weiteres von den Bestimmungen eines internationalen Vertrags losgesagt; es hat sie nur — vielleicht in einer ansehbaren Weise — zu seinen Gunsten umgedeutet. Das Beispiel einer förmlichen Losagung einer einzelnen Macht von gewissen Bestimmungen eines internationalen Vertrags ist der Welt in den letzten hundert Jahren nur einmal gegeben worden, nämlich von — Rußland. Es benutzte bekanntlich die günstigen Umstände während des Deutsch-französischen Kriegs, sich von gewissen einengenden Bestimmungen des Pariser Vertrags von 1856 zu befreien.

Man muß sich diese Verhältnisse klar machen, um zu erkennen, daß man mit logischen Vorhaltungen in solchen Fragen nicht weiterkommt, sondern daß in der praktischen Politik nur die gegenwärtigen Interessen entscheiden. Allerdings müssen diese auch geschickt vertreten werden, und ob das gerade in diesem Falle von russischer Seite geschehen ist, dürfte wohl mindestens zweifelhaft sein. Herr Tswolski hatte schon in London und Paris kein Glück gehabt, als er die Meerengenfrage auf das Programm der künftigen Konferenz zu bringen versuchte. Seine Dumarede über die auswärtige Politik Rußlands brachte das ziemlich unverhüllte Eingeständnis, daß Rußland nicht gewillt sei, seinen Forderungen den letzten Nachdruck zu geben und um der Orientpolitik willen das Schwert zu ziehen. Sie enthielt ferner indirekt das Eingeständnis, daß sich Österreich-Ungarn nach den Abmachungen von Reichstadt im Jahre 1876 wohl berechtigt halten konnte, die Bestimmungen des Berliner Vertrages von 1878 hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina so aufzufassen, daß für Rußland nach den mancherlei bereits geschehenen und von den Mächten gutgeheißenen Durchlöcherungen des erwähnten Vertrages kein besondrer Grund zu einem scharfen Protest und zur Ermütigung der serbischen

Kriegslust vorlag. In diesem Zusammenhange konnte das Projekt eines Bundes der Balkanstaaten unter einer Art von russischem Protektorat nicht gerade vertrauenerweckend wirken. Vor allem zeigte sich, daß Frankreich nicht gesonnen war, auf diesem Wege, der den Streit über kurz oder lang zu entfesseln geeignet war, den Genossen in der Triple-Entente unbedingt zu folgen. Wir erwähnten schon neulich, daß auch in England Anzeichen hervortraten, wie sehr man angesichts der Haltung der russischen Politik zur Vorsicht gestimmt ist. Man hatte die Boykottbewegung gegen Osterreich-Ungarn in der Türkei geschäftlich nach Möglichkeit auszunutzen versucht, aber nun wurde die Lage doch bedenklich. Der regierende englische Liberalismus, der ohnehin wußte, daß die Verständigungspolitik mit Rußland in den Reihen seiner Anhänger nicht populär war, wollte in diesen Fragen vor allem das Einvernehmen mit Frankreich wahren; sich um Rußlands willen in einer fernere liegenden Frage von Frankreich abzusondern, konnte nicht im Sinne der Kreise des englischen Volkes liegen, auf die die heutige Regierung angewiesen ist. Und schließlich konnte auch das Aufklackern der für die englische Denkweise sehr charakteristischen Entrüstung über Osterreich-Ungarn vor einer nüchternen Auffassung politischer Interessen auf die Dauer nicht standhalten. Aber es ist in solchem Falle nicht ganz leicht, den Rückweg zu finden, und der Eifer des jungtürkischen Komitees war nicht leicht zu zähmen. Würde es Kiamil Pascha gelingen, der leidenschaftlichen Agitation des Komitees Herr zu werden? Die letzte Woche hat die Antwort auf diese Frage gebracht. Baron Lehrenthal hatte den richtigen Augenblick erkannt, wo ein weiteres Entgegenkommen Osterreich-Ungarns am Platze war. Er machte seinen bekannten Vorschlag, und Kiamil Pascha war, als er ihn im Prinzip annahm, sogleich in der Lage, dem türkischen Parlament eine Auseinandersetzung über die auswärtige Politik der ottomanischen Regierung zu machen. Er erhielt ein einhelliges Vertrauensvotum und gewann dadurch die Grundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Osterreich-Ungarn und eine gewisse Sicherheit gegen Quertreibereien des jungtürkischen Komitees. Der Wert dieser Wendung liegt nicht nur in der Wahrscheinlichkeit der Verständigung mit Osterreich, womit die Hauptschwierigkeit der ganzen Orientkrisis beseitigt wäre, sondern auch in der Möglichkeit, daß England jetzt die von ihm selbst gewünschte Annäherung an Osterreich vollzieht. Und das bedeutet in Gemeinschaft mit dem für die zweite Februarwoche in Aussicht genommenen offiziellen Staatsbesuch des Königs Eduard in Berlin einen entschiedenen Schritt zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens.

Seit dem 12. Januar haben auch der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus ihre Arbeiten wieder aufgenommen; wir nähern uns also den großen Entscheidungen, die uns dieser Tagungsabschnitt bringen soll. Während der ersten Tage nach den Ferien hat der Reichstag zunächst kleinere Vorlagen erledigt, dann ist er aber in die Beratung des vielumstrittenen Arbeitskammergesetzes eingetreten. In der neuen Form scheint die Vorlage eine bedeutende Mehrheit zu finden; völlig ablehnend verhält sich nach gewohnter Weise nur die Sozialdemokratie, weil sie nach den Beschlüssen des Gewerchaftskongresses von 1905 nicht Arbeitskammern, sondern Arbeiterkammern fordert. Das bedeutet, daß sie zur Beurteilung der wichtigen sozialpolitischen Fragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, nicht eine paritätische Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sondern eine einseitige Vertretung der Arbeitnehmer allein verlangt. Das ist nicht immer so gewesen, wie den Sozialdemokraten der Staatssekretär des Innern, Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, in der ausgezeichneten Rede, mit der er die Debatte einleitete, ins Gedächtnis zurückrief. Die Partei fing erst an in dieser Frage mehr und unerfüllbares zu fordern, als die Erfüllung ihrer frühern Forderung, die der ältern Zeit schon radikal genug erschien, immerhin aber bei aufgeklärten Sozialpolitikern

Sympathien erweckte, endlich in den Bereich der Möglichkeit gerückt schien. In dem Augenblick, wo der ursprüngliche Gedanke von den bürgerlichen Parteien aufgenommen und im Interesse der Arbeiter erörtert wurde, genügte er nicht mehr, das Bewußtsein des „Klassenstaats“ aufrecht erhalten zu helfen; er hatte damit den einzigen Parteizweck verfehlt und mußte durch einen andern ersetzt werden. Die Sozialdemokratie hatte offenbar darauf gerechnet, daß sich die Gesamtheit der wirtschaftlichen Unternehmer dem Grundgedanken dieser Gesetzesvorlage noch schärfer widersetzen würde. Ein gewisser Widerstand und ein starkes Mißtrauen besteht ja auch in diesen Kreisen noch heute gegen alle gesetzlichen Maßnahmen dieser Art. Aber auch im Wirtschaftsleben macht der Absolutismus allmählich dem Konstitutionalismus Platz. Das starre Herrentum der bahnbrechenden Persönlichkeiten aus den Anfängen unsrer aufblühenden Großindustrie weicht in einer neuen Generation allmählich dem wachsenden Verständnis für die sozialpolitischen Bedürfnisse der Zeit. Herr v. Bethmann-Hollweg verstand es auch vortrefflich, die Grundgedanken des Entwurfs und die Absichten des Gesetzgebers hervorzuheben, die besonders geeignet waren, das Mißtrauen der widerstrebenden Unternehmerkreise zu beseitigen. Die praktische Klugheit und die Überzeugungskraft der Ausführungen des Ministers wurden denn auch von allen bürgerlichen Parteien willig anerkannt.

Von den Kommissionsarbeiten beansprucht die Finanzkommission nach wie vor das größte Interesse. Aber das Vertrauen, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden wird, will sich noch nicht einstellen. Das zeigt wieder neuerdings ein Beschluß der Kommission. Die Regierungsvorlage schlägt bekanntlich die Aufhebung der Fahrkartensteuer vor, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag bei Beratung der Finanzvorlage die vorgeschlagenen Steuern in der beantragten Höhe oder entsprechenden Ersatz bewilligt. Die Kommission dagegen will nach ihrem Beschluß die Fahrkartensteuer beibehalten wissen und sie nur reformieren, obwohl schwer einzusehen ist, was an dieser verfehltesten und törichtsten aller Einrichtungen eigentlich reformiert werden soll. Man muß also bei dieser Neigung der Kommission, von allem, was vernünftig ist und zum Ziele führt, gerade das Gegenteil zu beschließen, auf alles gefaßt sein.

Zu derselben Zeit mußte im preussischen Abgeordnetenhaus der Finanzminister v. Rheinbaben von den Einnahmen des letzten Jahres ein trübes Bild entwerfen. Und dabei wirken die Mindereinnahmen der Eisenbahnverwaltung besonders empfindlich. Unter solchen Umständen sind dem Landtage, der in der Ungunst dieser Zeiten die Mittel zu einer Reform der Beamtenbesoldung beschaffen soll, besonders schwierige Aufgaben gestellt. Um so unbegreiflicher ist es, daß von den Konservativen die Deckung des Mehrbedarfs im Reiche noch durch den Widerstand gegen die Nachlaßsteuer erschwert wird. Denn da doch ein Teil des Reichsbedarfs durch direkte Besteuerung beschafft werden muß, so besteht die Gefahr, daß bei Ablehnung der milden und leicht zu tragenden Form der Nachlaßsteuer die Belastung der Steuerzahler wegen der gleichzeitigen einzelstaatlichen Mehrforderungen an direkten Steuern eine unerträgliche Höhe erreicht.

Eine seltsame Debatte gab es dieser Tage im Abgeordnetenhaus anläßlich der Interpellation über die unter dem Namen der „Schönheitsabende“ bekannten Schaustellungen. Diese Veranstaltungen, bei denen sich die Darsteller von lebenden Bildwerken, Gruppen und Tänzen in möglichst weitgehender Nacktheit zeigen, finden ihre Freunde wohl nur unter einigen verkümmerten „Kritikern“, die sich wirklich einbilden, auf diesem Wege könne ein neues Kunstverständnis gezüchtet werden, und bei einigen Presseorganen, die es für geschmackvoll und freiheitlich halten, wenn sie die Auflehnung eines gesunden Empfindens gegen modische Pseudokunst als Rückständigkeit und Zelotismus verschreiben. Im übrigen werden sie wohl ganz all-

gemein als das erkannt, was sie sind, als ein echter Großstadtschwindel, der den einzigen wirklichen Zweck, nämlich die Erregung eines ganz gewöhnlichen Sinnenreizes und Nervenkitzels, durch eine ungewöhnliche, besondere Aufmachung und durch ein Beiwerk von hochtrabenden, modisch aufgepußten Schlagworten zu verschleiern strebt. Es mag unter den Zuschauern viele Leute geben, die sich redlich bemühen, ihr Interesse an diesen Darstellungen auf reine Kunstregungen zurückzuführen, und die sich selbst in aller Treuherzigkeit alles mögliche dabei vorlägen, schon weil das Eingeständnis, daß sie sich etwas andres dabei gedacht haben, der interessanten Sache sofort ein Ende bereiten würde. Ein Feldzug gegen die Adepten der „Raftkultur“ ist also ganz berechtigt, wenn man auch zweifeln kann, daß es des Aufwands einer besonders großen Debatte bedurfte, und daß die Persönlichkeit des Hauptwortführers, des Abgeordneten Koeren, glücklich gewählt war. Denn diesem Herrn haftet nicht ohne Grund der Ruf an, daß er nach der andern Seite hin übertreibt und sich in verschiedenen Fällen zu einer wirklich kunstfremden Prüderie bekannt hat, die imstande ist, auch hinter den Objekten durchaus reiner und edler Kunst unreine Motive zu suchen. Auch hätte es dem ehemaligen Richter wohl besser angestanden, wenn er seinen Worten, in denen das Pathos ehrlicher Entzückung darum nicht zu fehlen brauchte, nicht gerade die Form persönlich zugespitzter, qualifizierter Beleidigungen gegeben hätte, was unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität immer einen schlechten Eindruck machen muß. Aber gleichviel, die Sache ist keine Parteifrage, und in dem Kern seiner Ausführungen hatte Herr Koeren Recht. Und dem Minister hätte es, wie die Debatte ergab, auch unter den Liberalen die Mehrzahl nicht übel genommen, wenn er diesem Raftkulturschwindel gegenüber etwas energischer zugegriffen hätte.

#### Koloniale Rundschau

Berlin, 20. Januar 1909

Die Jahresberichte über die Entwicklung der Kolonien im Jahre 1907/08 sind in den letzten Tagen erschienen und bieten reichlich Stoff zu kolonialen Betrachtungen mannigfacher Art. Sie sind modern geworden, und man merkt ihnen — wie schon im letzten Jahre — deutlich an, daß jetzt im Kolonialamt auch Leute arbeiten, die im praktischen Leben gestanden haben, daß nicht mehr ausschließlich der „Geheimrat“ dominiert. Es läßt sich nicht leugnen, daß die jetzige Aufmachung der kolonialen Denkschriften gegen früher viele Verbesserungen aufweist. Auch der gewöhnliche Sterbliche findet sich jetzt darin zurecht, und man braucht nicht Reichstagsabgeordneter zu sein, um sich ein „sachverständiges“ Urteil über den sachlichen Inhalt bilden zu können. Die Gruppierung des Stoffs ist geschickt und übersichtlich, sodaß man sich rasch über die wesentlichen Ergebnisse des Berichtsjahres orientieren kann. Heutzutage muß alles illustriert sein, was einigermaßen Anspruch auf allgemeine Beachtung machen will, also auch die kolonialen Denkschriften. Es war ohne Zweifel ein guter Schachzug der Kolonialverwaltung, diesem Zuge der Zeit zu folgen und den einzelnen Denkschriften eine Anzahl von Bildern beizugeben. Auch unter den Herren Volksvertretern, für die diese Denkschriften ja zunächst bestimmt sind, befindet sich jedenfalls eine ganze Reihe von Herren, die von der überseeischen Welt gar keine oder nur eine sehr schwache Vorstellung haben. Und wenn sie selbst vielleicht die Bilder auch nur flüchtig ansehen, so werden diese in manchen Fällen wenigstens die Phantasien ihrer heranwachsenden Sprößlinge beleben und so ein wenig für die Sache wirken. Überhaupt müßte sich die Kolonialverwaltung immer noch mehr des Bildes als Aufklärungsmittel bedienen. Wenn man vor zehn Jahren schon in dem Maße, wie dies die englische und die französische Kolonialverwaltung getan haben, die Photographie und andre Anschauungsmittel (Produktenausstellungen u. dgl.) in den Dienst der amtlichen

kolonialen Aufklärungstätigkeit gestellt hätte, so hätte der koloniale Gedanke sicherlich schon früher im Volke Fuß gefaßt. Das französische Kolonialministerium z. B. hat Schaufenster so gut wie Wertheim, in denen Bilder und Karten von den Kolonien aushängen und koloniale Produkte zu sehen sind. Jedermann, auch die Schuljugend, in Paris weiß infolgedessen, was und wo das Kolonialamt ist. In Berlin dagegen wandeln wohl die meisten Leute durch die obere Wilhelmstraße, ohne eine Ahnung zu haben, was für wichtige Organe des Staats die ehrwürdigen Gebäude links und rechts beherbergen, daß in einem auch die Verwaltung der Kolonien in vornehmer Zurückgezogenheit ihr Dasein führt. Dabei ist dieser Teil der Reichsverwaltung gar nicht mehr so unmodern — abgeschlossen. Wenn man vor zehn bis zwölf Jahren dem Kolonialamt zugemutet hätte, seine Denkschriften zu illustrieren oder gar nach französischem Muster Schaukästen auszuhängen, so wäre man wohl für ein bißchen verrückt gehalten worden, und heute geht in der Tat im Kolonialamt der Gedanke um, planmäßig eine große Bildersammlung anzulegen und nicht wie bisher etwa eingehende Photographien, mit Aktenzeichen und Nummer versehen, zu begraben. HOFFENTLICH werden dann auch die so gesammelten Schätze der privaten Propaganda, insbesondre den diesen Aufgaben dienenden Zeitschriften in liberalster Weise zugänglich gemacht. Denn sonst hat die Sache gar keinen Sinn. Natürlich nicht so, daß etwa versucht wird, aus dem Material amtlicher Expeditionen Kapital zu schlagen und die Sammlungen meistbietend zu verkaufen um einiger tausend Mark willen. Ich habe unlängst dieses Geistes einen Hauch verspürt.

Die Kolonialverwaltung hat selbst das größte Interesse daran, daß der koloniale Gedanke möglichst tief in die weitesten Volkskreise dringe, und sie muß daher bestrebt sein, in ihrer Arbeitsweise möglichst volkstümlich zu werden und sie den Bedürfnissen des praktischen Lebens anzupassen. Man kann ihr nur raten, auf dem Wege, den sie mit der Modernisierung der Denkschriften beschritten hat, weiterzugehen.

Soviel über die äußere und innere Aufmachung der Denkschriften und die Gedanken, die sich daran knüpfen. Der sachliche Inhalt spricht für eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien im abgeschlossenen Jahr. Doch davon wollen wir jetzt nicht reden und die Fortschritte des Wirtschaftsjahres 1907/08 einer besondern Darstellung in der nächsten Nummer vorbehalten.

Heute sollen, wie üblich, die jüngsten Vorgänge in den einzelnen Kolonien erörtert werden. Leider müssen wieder verschiedene Vorkommnisse zur Sprache kommen, die aus dem Grunde ernste Beachtung verdienen, weil sie geeignet sind, die Erfolge, die im verflossenen Jahre in ernster wirtschaftlicher Arbeit errungen worden sind, unter Umständen in Frage zu stellen.

Früher nannte man immer Südwest das Schmerzenskind unter den Kolonien. Trotz der letzten traurigen Vorgänge im Süden der Kolonie paßt dieser Name eigentlich nicht mehr, denn sie ist auf dem besten Wege, eine geordnete und gut deutsche Siedlung zu werden. Dagegen hat sich in der letzten Zeit Ostafrika ein Anrecht auf jenen Titel erworben, dank der unbegreiflichen Politik des Gouverneurs von Rechenberg. Konnte man früher der zielbewußten und energischen Persönlichkeit Rechenbergs einige Sympathien nicht versagen, trotz sachlicher Bedenken gegen seine Anschauungen, so mußten diese Sympathien angesichts der kleinlichen Mittel, mit denen er seine Gegner mundtot zu machen sucht, schwinden. Wir haben in der letzten Rundschau erzählt, wie er die gegnerische Presse in der Kolonie zu schikanieren und auszuschalten sucht. Zuerst kam die schwächere Deutsch-ostafrikanische Zeitung an die Reihe. Mittlerweile glaubt er auch ein Mittel gefunden zu haben, womit er die widerstandsfähigere Usambara-Post treffen könnte. Die Usambara-Post ist das Leiborgan der ostafrikanischen Pflanzler und mußte

daher unter andern besondern Wert auf die Witterungsberichte der Meteorologischen Station legen. Plötzlich erhielt sie von dieser die Mitteilung, daß auf Verfügung des Gouverneurs die Witterungsberichte nur noch in der Deutsch-ostafrikanischen Rundschau, dem neugegründeten Rechenbergischen Leiborgan, veröffentlicht werden sollen. Allerdings wird die Freude des Gouverneurs wohl nur von kurzer Dauer sein, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verfügung direkt rechtswidrig ist und nicht aufrechterhalten werden kann. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß die meteorologischen Berichte möglichst rasch und allgemein verbreitet werden. Es ist bezeichnend, daß Herr von Rechenberg sogar vor bewußt schädlichen Maßnahmen nicht zurückschreckt, um seine Politik zu halten.

Noch bezeichnender ist sein allerneuester Vorstoß gegen die weiße Bevölkerung im allgemeinen. Wie erinnerlich, hat das Gouvernement unlängst die Kommunalverbände, die ersten Anfänge einer Selbstverwaltung, aufgehoben und damit die Verwaltung der einzelnen Bezirke wieder vollständig unter den Einfluß der Zentralverwaltung der Kolonie gebracht. Die Bezirke erhalten nun nicht mehr die Hälfte der Einnahmen der Hüttensteuer zur freien Verfügung, sondern die Bezirksräte haben jedes Jahr einen Haushaltsplan aufzustellen, auf Grund dessen ihnen dann die begründet erscheinenden Summen zugewiesen werden. Da die Mitglieder der Bezirksräte nach dem amtlichen Entwurf vom Gouverneur und nicht von der weißen Bevölkerung ernannt werden, so kann von einer Selbstverwaltung keine Rede mehr sein, denn der Gouverneur wird natürlich nur ihm genehme Personen wählen. Das Standalöseste an der ganzen Aktion ist aber, daß nach dem amtlichen Entwurf auch ein Farbiger zur Vertretung der Interessen der Eingebornen in den Bezirksrat gewählt werden kann. Und diese Bestimmung charakterisiert sich geradezu als eine Verhöhnung der weißen Bevölkerung. Ja Herr von Rechenberg geht noch weiter. Da man den beiden großen Städten Daresalam und Tanga ein gewisses Selbstbestimmungsrecht natürlich nicht vorenthalten kann, so hat das Gouvernement eine Stadtverwaltung organisiert, über die man lachen müßte, wenn die Sache nicht so verdammt ernst wäre. Die beiden Städte sollen jede einen Stadtrat erhalten, der aus 4 Mitgliedern besteht. Von diesen 4 Mitgliedern werden 3 von der Bevölkerung, 1 vom Gouverneur gewählt. Soweit wäre die Sache ganz gut und schön. Nun soll aber der Vorsitzende nicht ein freigewählter Bürgermeister, sondern der Bezirksamtman, ein Untergebener des Gouverneurs sein. Das ist der erste Pferdefuß, aber er ginge noch an. Völlig undiskutierbar ist aber der dem Stadtrat anzugliedernde Farbigenausschuß, dessen Vorsitzender ein vom Gouverneur zu bestimmendes Mitglied des Stadtrats sein soll. Dieser Farbigenausschuß ist — man höre! — befugt, gegen jeden Beschluß des Stadtrats Einspruch zu erheben, und die Entscheidung hat dann — der Gouverneur. Der Herr Gouverneur hat also ohne weiteres die Möglichkeit, die in Ehrfurcht vor ihm, dem bana Mkuba, ersterbenden Mitglieder des Farbigenausschusses zum Einspruch gegen alle ihm unbequemen Beschlüsse des Stadtrats zu veranlassen und diese Beschlüsse dann kraft seiner Eigenschaft als letzte Instanz aufzuheben. Der ganze Stadtratszauber ist also nichts weiter als eine Farce und wiederum eine Verhöhnung der weißen Bevölkerung. Der weißen Bevölkerung werden die Anfänge einer ernsthaften Selbstverwaltung entzogen, und der Eingebornenbevölkerung wird eine Art Selbstverwaltung gegeben; ja sie ist sogar in der Lage, der Selbstverwaltung der Weißen Steine in den Weg zu werfen. Und da wundert man sich, daß die Schwarzen neuerdings immer frecher werden, und das Verprügeln der Weißen, sogar in Daresalam, nachgerade an der Tagesordnung ist. Wenn es nicht bald anders wird, so steuern wir in Ostafrika traurigen Zeiten entgegen. Der Reichstag wird hoffentlich diesen Zuständen jetzt

ein Ende machen. Er kann nicht länger zusehen, wie die Früchte langjähriger energischer Koloniarbeit aufs Spiel gesetzt werden, und daß an der Spitze unserer schönsten Kolonie ein Mann steht, der mit der ganzen weißen Bevölkerung zerfallen ist, weil er die Interessen der Eingebornen denen seiner eignen Landsleute voranstellt. In den Kolonien hat vorläufig nur der weiße Mann zu regieren. Und wer nicht soviel historisches und Rassegefühl hat, der gehört nicht nach Afrika!

Gegen die ostafrikanische Misere erscheinen kleine Unstimmigkeiten in den andern Kolonien unwesentlich. Immerhin verdienen die Vorgänge, die neulich aus Kamerun berichtet wurden, einige Beachtung. Dem Leipziger Tageblatt waren aus Handelskreisen in Südkamerun Nachrichten von Ausschreitungen schwarzer Soldaten zugegangen. Die Soldaten waren ohne weißen Führer ausgesandt worden, um in einer entfernten Gegend die Eingebornen von dem Verbot der Elefantenjagd in Kenntnis zu setzen, und hatten diese Gelegenheit benützt, um zu rauben und zu plündern und die Häuptlinge zu mißhandeln. An jene Mitteilungen waren Bemerkungen geknüpft, die einen gewissen Zusammenhang zwischen den Ausschreitungen der schwarzen Soldaten und dem Tod eines deutschen Offiziers nicht ausgeschlossen erscheinen ließen. Auch wir können uns dieser Ansicht nicht ganz verschließen, denn nirgends verbreiten sich Gerüchte schneller als in Afrika. Die Eingebornen noch tiefer im Innern hörten von diesen Ausschreitungen und bereiteten dem unglücklichen Offizier, der zufällig kurz nachher anmarschierte, einen blutigen Empfang. Der Vorgang zeigt uns jedenfalls deutlich, daß man schwarze Soldaten nicht ohne Aufsicht lassen soll, am allerwenigsten in noch unruhigen Gebieten. Natürlich ist eingewandt worden, daß der Vorfall wohl zu beklagen sei, aber nicht von hier aus beurteilt werden könne.

Zum Beweis, daß auch erfahrene koloniale Praktiker nicht anders denken, sei die Ansicht eines alten Kolonialoffiziers, des Hauptmanns A. Fonck, angeführt, der sich in der Kreuzzeitung wie folgt dazu äußerte: „Derartige Vorkommnisse werden sich, selbst bei sonst tüchtigen militärischen Leistungen, um so mehr wiederholen, je weniger die weißen Vorgesetzten Fühlung mit den Eingebornen haben und je weniger afrikanische Erfahrung sie besitzen. Bei dem Landsknechtscharakter der farbigen Soldateska ist zu gebellicher, erfolgreicher Tätigkeit Erfahrung und Lernzeit ebenso notwendig für den weißen Vorgesetzten der farbigen Truppe wie für den Verwaltungsbeamten in den Kolonien. Für letztere allerdings noch in erhöhtem Maße. Was sind die Folgen von Unerfahrenheit, Sprachunkenntnis, Mangel an Lernzeit? Der farbige Soldat nützt diese Eigenschaften seiner Herren wie jeder andre Farbige aus für seine Zwecke und zur Erlangung unberechtigter materieller Vorteile aller Art mit den verschiedensten Mitteln, deren harmlosestes der »gedrückte«, selbst festgesetzte Preis ist. Der Eingeborne wagt nicht zu klagen. Er ist vielleicht durch Drohungen des Soldaten eingeschüchtert und kann kein Vertrauen zu einem weißen Herrn haben, der ihn doch nicht versteht, weder sprachlich noch sonstwie. Die Folge davon? Verbitterung — Selbsthilfe — Aufstände.“ Der Reichstag wird sich also beim Etat für Kamerun erkundigen müssen, ob genügend weiße Offiziere und Unteroffiziere vorhanden sind, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Wenn nicht, so muß ihre Zahl eben vermehrt werden. Die 100 000 Mark, die das schlimmstenfalls kostet, ersparen uns die Kosten für nachherige Strafexpeditionen und Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, machen sich also ohne weiteres bezahlt.

Über die andern Kolonien liegen Nachrichten von Belang nicht vor. Ihre wirtschaftliche Entwicklung wird, wie gesagt, in der nächsten Nummer besprochen werden.

Rudolf Wagner

Den Südfahrern bieten sich mehrere hübsche neue Bändchen der seit kurzem entstandenen und rasch entwickelten Städte-monographieliteratur an. Gurlitts Konstantinopel (Marquardt u. Co.) möchte nach dem kleinasiatischen Ende Europas locken: vielleicht hilft das entsprechend lässig-schwülftig geschriebene Büchelchen für diese weichlich-unrhythmische Stadt und Baukunst mehr deutsche Liebhaber gewinnen, als sie bisher gehabt hat. Die „Berühmten Kunststätten“ (Seemann) eröffnen mit Band 41 eine neue Serie und erscheinen nun auch in handlichem Kleinoktav: E. Petersen leitet sorgfältig durch die antiken Reste Athens — in der Akropolis vermöchten freilich wohl alle Deutschen, die sie sähen, etwas einzig schönes auf der Erde zu erblicken —, W. Göz (Band 44) führt interessiert und interessant in die Stadt des heiligen Franz, das alte Assisi.

Zwei größere Bücher liegen über Rom und Pompeji vor. A. Meißner hat es unternommen, unter dem Titel „Alt Römisches Kulturleben“ (Seemann) eine Geschichte der altrömischen Kultur bis zum Ende der Kaiserzeit — und auf diese fällt dabei das Hauptgewicht — im Querschnitt zu geben, durchaus im Altertum bewandert und doch ganz vom Standpunkt der Gegenwart aus schreibend: ein klares Buch, das den modernen Kulturwert des alten Rom nicht nur für Primaner, sondern auch für Romreisende glücklich ausmünzt. Und die zweite Auflage ist von dem schönen Buch von A. Mau über „Pompeji in Leben und Kunst“ (Engelmann) herausgekommen: wer einen Tag auf Pompeji verwendet und dieses Buch dazu, darf sagen, im italischen Altertum zu Hause geworden zu sein.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquardt in Leipzig

**Wir bitten**

unsre verehrten Leser bei eintretendem Bedarf um geneigte Berücksichtigung der in den „Grenzboten“ inserierenden Firmen unter frdl. ausdrücklicher Bezugnahme auf die Grenzboten. **Die Geschäftsstelle**

## Die Lösung der orientalischen Frage

wird zur allgemeinen Zufriedenheit, wenigstens soweit sie den Bedarf an türkischen Cigaretten betrifft, durch „Salem Aleikum“. Diese Cigarette erfordert einen verhältnismäßig geringen Kostenaufwand und bewirkt einen anregenden und ungetrübten Genuß.

**Salem Aleikum-Cigaretten:** Keine Ausstattung, nur Qualität:

|        |     |                 |   |   |   |   |                    |
|--------|-----|-----------------|---|---|---|---|--------------------|
|        | Nr. | 3               | 4 | 5 | 6 | 8 | 10                 |
| Preis: |     | 3 $\frac{1}{2}$ | 4 | 5 | 6 | 8 | 10 Pfg. das Stück. |